

Antrag der Fraktion der CDU

Verantwortung für Kliniken, Patienten und Personal übernehmen! – Sanierungskurs der kommunalen Kliniken enger begleiten

Die kommunale Klinikgesellschaft Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) und ihre vier städtischen Kliniken befinden sich seit 2013 in einem Sanierungsprozess. Ein solcher Prozess hat erhebliche Auswirkungen auf die Situation der Mitarbeiter, die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten und das Image des Klinikverbundes. Auch zwei Jahre nach Beginn der Sanierung erzielt die GeNo immer noch ein jährliches Defizit von etwa 20 Mio. €. Hinzu kommen erhebliche Risiken durch die Kostenentwicklung und Bauzeitverzögerung beim Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte (TEN). Nur durch Finanzhilfen von 170 Mio. € aus dem Haushalt der Stadtgemeinde Bremen und die Übernahme weiterer Bürgschaften konnte der Klinikverbund im Jahr 2013 vor der Insolvenz bewahrt werden. Der Rechnungshof attestierte im Jahr 2014 ein Gesamtrisiko durch den Klinikverbund von 660 Mio. € für die bremischen Haushalte. Er forderte eine straffere Steuerung des Sanierungsprozesses durch das Gesundheitsressort und eine engere Begleitung der Geschäftsführung der GeNo. Im zweiten Sanierungsbericht der GeNo (2. Dezember 2014) beschloss auch der Senat ein stärkeres Engagement des Senators für Gesundheit.

Der jüngste Sanierungsbericht der GeNo vom 3. November 2015 legt nun den Schluss nahe, dass genau diese straffere Steuerung und engere Begleitung durch die zuständige Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz bisher nicht erfolgt ist. Vielmehr wird von der zuständigen Senatorin versucht, der Geschäftsführung der GeNo die alleinige Verantwortung für die Versäumnisse anzulasten, und dadurch die eigene Untätigkeit zu kaschieren. Die im Sanierungsbericht erwartete Ergebnisverbesserung bis 2017 kommt fast ausschließlich durch externe Effekte aus dem gerade im Bundestag verabschiedeten Krankenhausstärkungsgesetz und einem leicht steigenden Landesbasisfallwert zustande.

Deutliche Defizite bestehen – auch durch politische Vorgaben – nach wie vor bei der Personal- und Organisationsentwicklung: „Eine wesentliche Ursache für den verbleibenden Fehlbetrag im Jahresergebnis 2017 liegt darin begründet, dass die GeNo diese Aufträge des Senats noch nicht (...) eingelöst hat“, heißt es dazu im Sanierungsbericht. Eine vom Senat im Dezember 2014 geforderte Nachsteuerung in diesen Bereichen durch die zuständige Senatorin erfolgte bisher nicht. Die Verantwortung für den schleppenden Sanierungsprozess wird vielmehr zu Unrecht allein der GeNo zugeschoben.

Die Gesundheitssenatorin hat auch beim Thema Medizinstrategie, die ein Teil des Sanierungsprozesses ist, bisher die nötige Entscheidungskompetenz vermissen lassen. In einem nachhaltigen Sanierungsprozess hätte aber die Analyse von Patientenströmen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und eine daraus resultierende Medizinstrategie eigentlich am Anfang stehen müssen. Die politisch unangenehmen Entscheidungen von Verschiebungen und Bündelung von Fachdisziplinen zwischen den Häusern der GeNo hatte der rot-grüne Senat in der letzten Legislaturperiode auf einen unbestimmten Zeitpunkt hinter den Wahltermin verschoben. Obwohl seit Oktober 2014 ein externes Beratungsunternehmen mit der Erarbeitung einer Strategie beauftragt ist, ist für die Patienten, Beschäftigten und Stadtteilpolitiker bis heute nicht klar, in welchen Häusern zukünftig welche Disziplinen angesiedelt sein werden. Der Sanierungsprozess wird durch diese Entscheidungsarmut des Senats deutlich verlangsamt.

Ein wesentlicher Baustein der Sanierung der GeNo ist der TEN am Klinikum Bremen-Mitte. In der Planung sollte der Neubau nach seiner Fertigstellung zu erheblichen Kosteneinsparungen führen. Die Gesundheitssenatorin setzt mit ihrer fehlenden Aufsicht und Steuerung die Fehler, die in den letzten Jahren bei der Beaufsichtigung des Baus des TEN passiert sind, fort. Anstelle einer engen und zeitnahen Begleitung und Steuerung des Bauprozesses und der Risiken durch das Ressort gibt man sich mit einer Berichterstattung des zuständigen Ingenieurbüros mit dem Stand 31. Oktober 2014 zufrieden, die erst Ende Juni 2015 dem Ressort und Anfang November 2015 dem Senat vorgelegt wurde. Das dieser Bericht zum Zeitpunkt der Beratung im Senat bereits überholt ist, zeigt sich beispielsweise daran, dass die Insolvenz der Firma Imtech im August 2015 noch nicht berücksichtigt und folglich auch nicht beziffert wurde. Für die Stadtgemeinde Bremen und das Land Bremen als Bürgerschaftsgeber und für die Stadtgemeinde Bremen, die als Eigentümer einen wesentlichen Teil des TEN finanziert, muss allerdings ein erhöhtes Interesse bestehen, den tatsächlichen Schaden auch zu beziffern und in die weiteren Planungen miteinzubeziehen.

Im zweiten Sanierungsbericht wurde die Gesundheitssenatorin ebenfalls beauftragt, unverzüglich einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten, wie die Deckungslücke beim TEN am Klinikum Bremen-Mitte (KBM) geschlossen werden kann, und zugleich sollte sie unmittelbar mit der Erarbeitung einer Investitionsplanung für die Zeit nach dem Zukunftsplan 2017 beginnen. Auch diese Aufträge wurden bisher nicht bzw. nicht vollständig bearbeitet, sodass die Zukunft der GeNo mit ihren vier Kliniken über das Jahr 2017 weiterhin unklar ist. Gefährdet sind dadurch auch die Arbeitsplätze im Klinikverbund und die medizinische Versorgung in der Stadtgemeinde Bremen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. seine Verantwortung als Eigentümer und Gesellschafter der GeNo wahrzunehmen und bis Januar 2016 der zuständigen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz einen Sonderbericht zur Sanierung der GeNo vorzulegen, der insbesondere folgende Bausteine enthält:
 - a) konkrete Maßnahmen zur Reduktion von Personal- und Sachkosten, Zeitplan für die Umsetzung und die erwarteten finanziellen Effekte der Maßnahmen sowie Darlegung, in welchem Umfang Personal der GeNo in welche anderen Bereiche des öffentlichen Dienstes umgesteuert wurde,
 - b) einen Zeit-, Maßnahmen- und Investitionsplan mit Meilensteinen zur Umsetzung der Medizinstrategie,
 - c) einen aktuellen Risikobericht TEN mit Stand 31. Oktober 2015 durch den externen Projektsteuerer und konkrete Lösungsvorschläge des Senats zur Schließung der Finanzierungslücke beim TEN,
 - d) konkrete Lösungsvorschläge zur Schließung der Finanzierungslücke der GeNo nach 2017 und Darstellung der weiteren Investitionsplanung, insbesondere im Klinikum Bremen-Ost, und zur Umsetzung der Medizinstrategie.
2. zukünftig vierteljährlich der zuständigen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz aktuelle Berichte zur Sanierung der GeNo, den Baufortschritten beim TEN sowie den Risiken beim TEN vorzulegen.

Rainer Bensch, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU